Sitzung vom 23. Februar 2022

**314. Anfrage (Sorgfaltspflicht bei der Provenienzforschung
des Kantons Zürich in Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau
des Kunsthauses Zürich bzw. mit der Aufnahme der Bührlle-
Sammlung im Kunsthaus)**

Kantonsrat Michael Zeugin, Winterthur, sowie die Kantonsrätinnen Sonja Rueff-Frenkel und Judith Anna Stofer, Zürich, haben am 22. November 2021 folgende Anfrage eingereicht:

Der Regierungsrat stellte 2011 mit der Weisung 4761 dem Kantonsrat den Antrag, die Erweiterung des Kunsthauses Zürich mit einem Betrag von 30 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds zu unterstützen. Zudem wurde dem Kunsthaus ein unentgeltliches Baurecht im Wert von 15 Mio. Franken gewährt. Der Kanton Zürich unterstützte den Erweiterungsbau also mit 45 Mio. Franken. Der Erweiterungsbau wurde mit dem Zweck erstellt, den Privatsammlungen Platz zu schaffen, «vor allem der Sammlung der Stiftung E. G. Bührlle». Heute kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass Bührlle Kunstwerke zu günstigen Preisen jüdischen Menschen abkaufte, die aufgrund der massiven Bedrohung durch das Naziregime fliehen mussten.

Der Regierungsrat stellte den Antrag als rein finanzpolitisches Geschäft dar. Dies zog sich bei der Beratung wie auch bei der Debatte im Kantonsrat weiter. Die Thematik der Provenienzforschung betreffend das Fluchtgut wurde weder in der Weisung noch in der Präsentation noch in der Beratung im Kantonsrat vom Regierungsrat oder dem Parlament thematisiert. Das Geschäft wurde ohne Mitbericht der Kulturkommission (KBIK) behandelt. Und dies, obwohl das Thema mit der Gurlitt-Sammlung äusserst aktuell war. Es stellt sich die Frage, ob der Kanton Zürich (Regierungsrat mit der Fachstelle Kultur und der Fachstelle Lotteriefonds wie auch der Kantonsrat) die nötige Sorgfaltspflicht und Aufsichtsfunktion erfüllt haben.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Inwiefern wurde das Thema der Provenienzforschung beim Kreditantrag für den Erweiterungsbau des Kunsthauses Zürich bzw. der Aufnahme der Bührlle-Sammlung durch den Regierungsrat sowie seine Fachstellen behandelt? Welche Unterlagen (abschliessende Aufstellung) standen dem Regierungsrat für die Beurteilung zur Verfügung?

2. Hat der Kanton Zürich die Ausstellung von Fluchtgut thematisiert und das Verbot zur Ausstellung von Fluchtgut zur Bedingung für seine Unterstützung gemacht? Welche vertraglichen Vereinbarungen hat der Kanton Zürich diesbezüglich mit der Kunstgesellschaft (ZKG), der Stiftung Zürcher Kunsthaus, der Einfachen Gesellschaft Kunsthaus Erweiterung (EGKE) sowie der E. G. Bührlé Stiftung getroffen? Ist der Kanton bereit, den oder die Verträge zur Klärung offener Fragen zu veröffentlichen?
3. Unterstützt der Regierungsrat die Forderung an die ZKG sowie an die Stiftung Zürcher Kunsthaus, die historische Forschung der Werke der Bührlé Sammlung zu vertiefen? Und unterstützt der Regierungsrat die Forderung, wonach der Dokumentationsraum der Ausstellung der Bührlé-Sammlung im Kunsthaus ergänzt und weiterentwickelt werden soll?
4. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, damit die offenen Fragen lückenlos geklärt werden können? Und ist der Regierungsrat bereit, das Handeln und die Entscheidungsfindung des Kantons Zürich bei der Vergabe des Beitrags von 45 Mio. Franken kritisch zu überprüfen? Und falls ja, wie wird dies erfolgen?
5. Ist der Regierungsrat bereit, die einzelnen Forderungen oben auch zur Bedingung für eine neue Subventionierungsvereinbarung mit der Stadt Zürich sowie der Kunstgesellschaft oder für Kreditbeiträge aus dem Lotteriefond zu machen?

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Michael Zeugin, Winterthur, sowie Sonja Rueff-Frenkel und Judith Anna Stofer, Zürich, wird wie folgt beantwortet:

Mit der Abstimmung über das Opernhausgesetz haben die Zürcher Stimmberechtigten 1994 die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Stadt Zürich im Bereich der grossen Kulturinstitutionen festgelegt. Seither trägt der Kanton die alleinige Verantwortung für das Opernhaus, während die Stadt Zürich zuständig ist für das Schauspielhaus, die Tonhalle und das Kunsthaus.

Die operative Verantwortung für das Kunsthaus liegt demnach bei der Stadt Zürich. Sie ist Vertragspartnerin der Stiftung Zürcher Kunsthaus (ZKG) und befindet sich auch über Aus- und Erweiterungsbauten (siehe städtische Abstimmung über die Erweiterung des Kunsthauses).

Der Kanton Zürich ist mit zwei Vertreterinnen im Vorstand der ZKG vertreten. Anlass für diese Vertretung ist der innerkantonale Finanzausgleich, bzw. der darin verankerte Zentrumslastenausgleich, über den unterem anderem die zentralörtlichen Leistungen in der Kultur durch den Kanton und die übrigen Gemeinden mitfinanziert werden. Durch diese Vertretung im Vorstand der ZKG ist der Kanton in die strategische Verantwortung des Kunsthouses eingebunden.

Reputationsschutz ist eine zentrale strategische Aufgabe einer Kunstinstitution. In der gegenwärtigen Debatte ist der Ruf des Kunsthouses angeschlagen, weil es Zweifel an der bisherigen Provenienzforschung, insbesondere im Zusammenhang mit der Sammlung Bührle gibt. Auch in Sachen Transparenz, Einbezug kritischer Stimmen und Qualität der Vermittlung des neusten Forschungsstandes stehen Vorwürfe im Raum.

Die Vorsteherin der Direktion der Justiz und des Innern setzt sich zusammen mit den beiden kantonalen Vertreterinnen im Vorstand der ZKG und in enger Absprache mit der Stadt Zürich für eine Strategie ein, die den Vorwürfen lösungsorientiert begegnet, das Kunsthaus auch in Sachen Provenienzforschung zu einer vorbildlichen Kulturinstitution macht und die verschiedenen Sammlungen durch eine moderne und innovative Vermittlungsarbeit einordnet. Die dazu nötigen Entscheide sind in Vorbereitung und werden zum gegebenen Zeitpunkt kommuniziert.

Zu Frage 1:

Beim Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus und die unentgeltliche Einräumung eines Baurechts zugunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus vom 12. Dezember 2011 (Vorlage 4761) standen bauliche und finanzielle Aspekte im Zentrum. Federführend war die Finanzdirektion. Vor Einreichung des Gesuches des Kunsthauses Zürich bzw. der Einfachen Gesellschaft Kunsthaus Erweiterung (EGKE) an den Lotteriefonds hat der Regierungsrat auf Antrag der Baudirektion grundsätzliche bauliche Festlegungen vorgenommen und beschlossen, dass für die Erweiterung des Kunsthauses die Gewährung eines Beitrages von rund 45 Mio. Franken in Aussicht gestellt wird (RRB Nr. 943/2009). Dieser Beschluss war nicht öffentlich; er wurde dem Gesuchsteller sowie der Direktion der Justiz und des Innern, der Finanzdirektion, der Bildungsdirektion und der Baudirektion mitgeteilt.

Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 12. Dezember 2011 einen Beitrag von 30 Mio. Franken aus dem Lotteriefonds an den Erweiterungsbau bewilligt sowie dem Kunsthaus ein unentgeltliches Baurecht von 80 Jahren im Wert von 15 Mio. Franken eingeräumt (Vorlage 4761).

Der Betrieb des Kunsthauses Zürich und die Provenienzforschung waren im Antrag des Regierungsrates an den Kantonsrat kein Thema, auch nicht in den Besonderen Stellungnahmen der Baudirektion und der Fachstelle Kultur. Ebenso wenig wurde die Ausstellung von Fluchtgut oder ein Verbot derselben thematisiert. Dem Regierungsrat standen die folgenden Unterlagen zur Verfügung:

- Gesuch der EGKE um Unterstützung aus dem Lotteriefonds des Kantons Zürich vom 30. Oktober 2009 (einschliesslich Beilagen)
- Baurechtsvertrag zwischen dem Kanton Zürich (Baudirektion, Immobilienamt, Landerwerb) und der Stiftung Zürcher Kunsthaus vom 19. August 2010 (Kopie)
- Entwurf vom 26. März 2009 des Gesellschaftsvertrags Neues Kunsthaus zwischen Zürcher Kunstgesellschaft, Stiftung Zürcher Kunsthaus, Stadt Zürich (Präsidialdepartement) und Kanton Zürich (Baudirektion)
- Grundsatzvereinbarung zwischen der Sammlung E. G. Bührle, der Stifterfamilie und der Zürcher Kunstgesellschaft vom 1. Februar 2006 (Kopie)

Zu Frage 2:

Der Kanton Zürich hat diese Frage nicht thematisiert. Es kann auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen werden. Die Veröffentlichung der Verträge wird derzeit aufgrund verschiedener Gesuche um Informationszugang geklärt.

Zu Fragen 3 und 4:

Ja (siehe einleitende Ausführungen).

Zu Frage 5:

Ja. Bei einem erneuten Gesuch würde die zuständige Fondsverwaltung die betroffenen Direktionen ausdrücklich um ihre Beurteilung zu den Fragen der Provenienzforschung und der Ausstellung von Fluchtgut ersuchen. Zurzeit ist dem Kanton jedoch kein Antrag der ZKG bekannt.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.

Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:
Kathrin Arioli